

Zur Rolle des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

# Wissenschaftspolitik und Forschungsförderung für Nachhaltige Entwicklung

Mit der staatlichen Wissenschaftspolitik werden langfristige Weichenstellungen vorgenommen, die das Wissenschaftssystem prägen und den Transformationsprozess zu Nachhaltiger Entwicklung unterstützen können. Dazu sind grundlegende Veränderungen in der Mittelverwendung und im institutionellen Rahmen erforderlich. **Von Rudi Kurz**

Im deutschen Wissenschaftssystem kommt dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) eine besondere Bedeutung zu, zum einem wegen des Finanzvolumens, zum anderen wegen der Einflussmöglichkeiten im Rahmen der institutionellen Förderung. Der BMBF-Etat 2020 betrug 18,3 Milliarden Euro und ist durch die beiden Covid-19-bedingten Nachtragshaushalte auf 20,3 Milliarden Euro angestiegen. Mehr als die Hälfte davon fließt über die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), die außeruniversitären Forschungseinrichtungen und die Akademien ab. An der Steuerung dieser Institutionen wirkt das BMBF mit. Daher kommt es nicht nur auf die Struktur der BMBF-Förderung für Schwerpunkt-Programme und Schlüsseltechnologien an, sondern auch auf die Ausrichtung dieser Institutionen. Die Zusatzmittel des 50 Milliarden Euro Zukunftspakets sind nicht genutzt worden, um neue Schwerpunkte für nachhaltige Entwicklung und Transformation zu setzen. Vielmehr werden tradierte Linien verstärkt, beispielsweise vom Wasserstoff bis zur Quantentechnologie. Insgesamt kommt im BMBF-Etat „Kontinuität“ zum Ausdruck, gelegentlich mit leichten Strukturverschiebungen. Es finden sich aber keine Belege für Aufbruch und Neuorientierung.

Die Trägheit der Umsteuerung allein aufgrund der Mittelverwendung zu konsolidieren, ist möglicherweise eine zu enge

Betrachtungsweise. Ist vielleicht in den Beratungsgremien des BMBF bereits viel weiter gedacht worden, als in den Haushaltszahlen zum Ausdruck kommt? Ein Blick auf die Impulspapiere des Hightech-Forums wirkt da ernüchternd. Als Orientierungshilfe in der Corona-Krise wird „neues Wachstum“ angeboten und im Impuls zu „Bildung“ geht es allein um berufliche Qualifikation.

## Forderungen an die Bundesregierung

Was also muss eine neue Bundesregierung ab 2021 tun? Sie muss vollziehen, was bislang kaum mehr als Rhetorik ist:

- „Mission-Orientierung“: Konsequente Ausrichtung von Wissenschaft und Forschung auf Nachhaltigkeitsziele und Transformationsprozesse, die sich bereits jetzt krisenhaft zuspitzen, zum Beispiel in der Automobilindustrie.
- Strategie: Die Vielzahl unkoordinierter „Strategien“, von Hightech über Bioökonomie bis Wasserstoff, muss zusammengeführt und an einer ambitioniert gestalteten Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie ausgerichtet werden.
- Wirtschafts- und Sozialwissenschaften stärken: Neue Technologien alleine können Zukunftsfähigkeit nicht sichern, nicht einmal die Wettbewerbs-

fähigkeit der neuen Industrien am Standort D gewährleisten. Transformationsprozesse erfordern vor allem wirtschaftswissenschaftliche, sozial- und kulturwissenschaftliche Erkenntnisse.

- Hochschulen: Das Potenzial der Hochschulen muss besser genutzt und finanziert werden. An allen Hochschulen, nicht nur an „exzellenten“, sollte es Transformationszentren geben, die regionale Transformationsprozesse unterstützen.
- Zivilgesellschaftlicher Forschungsfonds (ZFF): Die Neuausrichtung des Wissenschaftssystems muss einerseits die bestehenden Institutionen erfassen, sie muss aber auch durch institutionelle Innovation beschleunigt werden. Dazu sollte ein ZFF eingerichtet werden, der wesentlich von Nachhaltigkeitsverbänden und zivilgesellschaftlichen Organisationen mitgesteuert wird.

## Wissenschaftspolitik grundlegend verändern

Wissenschaftspolitik und Forschungsförderung, nicht nur des BMBF, müssen grundlegend und rasch verändert werden, um eine Wissenschaftswende voranzubringen. Die neue Bundesregierung und die Parteien, die sie tragen, müssen schon im Koalitionsvertrag den Veränderungswillen dokumentieren und verbindlich prioritäre Maßnahmen festlegen.

Der Transformationsprozess ist bereits in vollem Gange und wird nach der Automobilindustrie auch andere Sektoren erfassen. Dafür sind rasch wirtschafts- und sozialwissenschaftlich fundierte Lösungen erforderlich – so dringlich wie ein Impfstoff in einer Pandemie.

### AUTOR + KONTAKT

**Dr. Rudi Kurz** war bis 2017 Professor für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule Pforzheim und ist Sprecher des BUND-Arbeitskreises Wirtschaft und Finanzen.

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Kaiserin-Augusta-Allee 5, 10553 Berlin.  
E-Mail: rudi.kurz@bund.net